

Positionspapier „Schulpolitik“ Textversion

Beschlossen von der Vollversammlung am 19. April 2008

Inhalt

Vorwort

Einleitung

1. Strukturelle Gestaltung des Systems Schule

1.1 Bildungszugänge und Selektion

1.2 Tagesstruktur

1.3 Mitbestimmungsmöglichkeiten und Demokratisierung von Schule

2. Pädagogische Gestaltung des Systems Schule

2.1 Bildungsziele und -inhalte

2.2 Die Kultur der Schule

3. Voraussetzungen: Rahmenbedingungen des Systems Schule

4. Die Schule und ihr Umfeld: Öffnung der Schule

Schlusswort

Vorwort

Kernaufgabe des Landesjugendrings ist die jugendpolitische Interessenvertretung. Dazu gehört, für alle Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg zu sprechen. Dieses Mandat hat der Landesjugendring durch die demokratischen Strukturen der ihn bildenden Jugendverbände und -ringe und durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Etwa eine Million Mädchen und Jungen stehen hinter den 25 Mitgliedsverbänden und über 100 Stadt- und Kreisjugendrängen, die sich im Landesjugendring Baden-Württemberg zusammengeschlossen haben.

Seit dem Aufkommen der neuen Bildungsdebatte in Deutschland vertritt der Landesjugendring Baden-Württemberg gemeinsam mit anderen Organisationen der Jugendarbeit und der Jugendhilfe die Meinung, dass Bildung nicht nur in der Schule stattfindet, und bringt die Jugendarbeit als wesentlichen Teil der außerschulischen Jugendbildung in die öffentliche Wahrnehmung. Die Landesverfassung Baden-Württemberg vom 11.11.1953 weist dafür in Artikel 12, Absatz 2 bereits den Weg: *„Verantwortliche Träger der Erziehung sind in ihren Bereichen die Eltern, der Staat, die Religionsgemeinschaften, die Gemeinden und die in ihren Bänden gegliederte Jugend.“*

Mit dem vorliegenden Positionspapier bringen wir uns nun erstmals offensiv in die Schuldebatte ein. Wir betrachten das Schulsystem aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen und formulieren ihre Interessen und Forderungen. Diese Positionierung wurde in den ersten Monaten 2008 von einer von der Vollversammlung beauftragten Arbeitsgruppe „Schulpolitik“ erarbeitet und in der Frühjahrsvollversammlung am 19. April 2008 beschlossen

Bereits seit längerer Zeit fordert der Landesjugendring eine Enquetekommission im Baden-Württembergischen Landtag zum gesamten Feld von Bildung, Betreuung und Erziehung. Diese Forderungen wiederholen wir an dieser Stelle und signalisieren gleichzeitig unsere Bereitschaft, dabei engagiert, konstruktiv und mit allem in der Jugendarbeit vorhandenen Know-How mitzuarbeiten.

Wir wünschen eine spannende und interessante Lektüre und viele Gedankenanstöße

Isabel Hoever

Stellvertretende Vorsitzende

Kerstin Sommer

Fachvorstand Bildung

Einleitung

In der Jugendarbeit gehen wir von einem breiten Bildungsbegriff aus. Bereits 2002 formulierte der Landesjugendring: „Bei Bildung geht es um die optimale Entfaltung aller geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte. ... Bildung ermöglicht es dem Menschen, selbstständig und eigenverantwortlich entsprechend den jeweiligen Fähigkeiten das eigene Leben zu gestalten.“ (Bildung in Bewegung, S. 5).

Kindheit und Jugendzeit sind Lebensabschnitte des Lernens und der Entwicklung. Jedes Mädchen, jeder Junge hat dabei das Recht auf ihren oder seinen eigenen Weg. Sie haben verschiedene Lerngeschwindigkeiten und lernen bestimmte Dinge zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Junge Menschen werden mit verschiedenen Anlagen und Kompetenzen geboren, sie werden durch ihr Elternhaus und ihre Umgebung ganz unterschiedlich gefördert oder behindert, für manches begeistert, von anderem abgeschreckt. Fehler und Phasen des Stillstandes müssen erlaubt sein, aber auch Zeiten der rasanten Entwicklung.

Der Schule kommt in der Lebensphase ab dem 6. Lebensjahr eine zentrale Bedeutung als Bildungsinstitution zu. Aufgabe der Schule ist es, eine selbstständige Lebensführung zu ermöglichen. Im Interesse der jungen Menschen gehört dazu, Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Das ist nicht gewährleistet, wenn SchülerInnen die Schule ohne Abschluss oder mit einem Abschluss verlassen, der in der Wirtschaft nicht anerkannt ist. In aller Deutlichkeit sprechen wir uns gleichzeitig gegen eine Ökonomisierung von Bildung aus, die Mädchen und Jungen einseitig für wirtschaftliche Zwecke zu vereinnahmen sucht.

Alle Schulstudien der letzten Jahre belegen, dass es mit dem derzeitigen Schulsystem nicht gelingt, Nachteile auszugleichen, die einzelne Kinder und Jugendliche aufgrund ihres familiären Hintergrundes, ihrer wirtschaftlichen Situation oder ihres Migrationshintergrundes haben. Eine individuelle Förderung, die ermöglicht, dass nach einer Phase des Durchhängens der Anschluss wieder geschafft werden kann und Einzelne nicht dauerhaft abgehängt werden, ist an deutschen Schulen keine Realität. Mit genau dieser individuellen Förderung würden jedoch nicht nur benachteiligte und lernschwache Kinder und Jugendliche in einen gemeinsamen Lernprozess integriert, sondern auch die besseren Schülerinnen und Schüler könnten ihre Stärken weiter ausbauen. Das Denkmuster „entweder durchschnittliche Bildung für alle oder exzellente Bildung für einen kleinen Teil“ ist überholt. Ein neuer gemeinsamer Bildungsweg mit individueller Förderung bietet einen Gewinn für jedes Mädchen und jeden Jungen.

Die fehlgeschlagene Entwicklung des Schulsystems wird immer deutlicher und lässt sich an „Symptomen“ wie den Schwierigkeiten bei der Einführung des achtjährigen Gymnasiums und den anhaltenden Protesten gegen dieses oder am krampfhaften Festhalten an der Hauptschule ablesen. Massive Umwälzungen sind angesichts der immer schärfer geführten Debatten in der Schulpolitik wahrscheinlich. Es ist daher an der Zeit, unser Mandat als Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche im Blick auf die Schulpolitik wahrzunehmen. Wir hoffen sehr, dass unsere im Folgenden dargestellten Forderungen zu grundlegenden Reformen im Schulbereich beitragen.

Aus unserer Sicht muss die Zeit des Herumbastelns am bestehenden Schulsystem und der Projektitis im Schulwesen vorbei sein. Angesagt ist, Schulpädagogik, Schulpolitik und Schulsystem als Ganzes auf den Prüfstand zu stellen und zu einer neuen Gesamtkonzeption von Bildung im Schulbereich zu kommen. Dabei greifen pädagogische Ausrichtung, Inhalte und Strukturen eng ineinander und können nicht unabhängig voneinander betrachtet und diskutiert, geschweige denn verändert werden. Wir brauchen ein Schulsystem, das gleiche Zugangsmöglichkeiten für alle, unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und beruflicher Stellung der Eltern tatsächlich ermöglicht. Wir brauchen ein Schulsystem, das Kinder und Jugendliche fördert und nicht überfordert und ihnen den Spaß am Lernen und an der Entwicklung vermittelt.

1. Strukturelle Gestaltung des Systems Schule

1.1 Bildungszugänge und Selektion

Verschiedene Studien zeigen, dass der Zugang zu Bildungsangeboten sowie die Chance auf einen höheren Schulabschluss strukturell ungerecht sind.

So geht zum Beispiel aus der Pisa-Studie hervor, dass der Zugang zu höheren Schulabschlüssen in Deutschland sehr stark durch die soziale Herkunft, den Bildungsstand und die berufliche Stellung der Eltern bestimmt wird. Es besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen der Empfehlung für eine weiterführende Schule nach der vierten Klasse und der Situation der Herkunftsfamilie.

Darüber hinaus lässt sich ein deutliches Stadt-Land-Gefälle in Bezug auf den Bildungszugang feststellen. Für SchülerInnen im ländlichen Raum ist es deutlich schwieriger bzw. mit einem hohen Aufwand verbunden, eine weiterführende Schule zu besuchen.

Aber gerade die Wahl der weiterführenden Schule prägt die Schullaufbahn eines Kindes immens. Grundsätzlich ermöglicht das baden-württembergische Schulsystem zwar verschiedenste Wechsel zwischen den Schulformen und spätere Zugangswege zu höheren Schulabschlüssen. Faktisch finden jedoch um ein vielfaches mehr Wechsel auf „niedrigere“ Schularten statt als umgekehrt. Dies liegt unter anderem daran, dass besonders leistungsschwache oder benachteiligte aber auch besonders leistungsstarke Kinder nicht entsprechend gefördert werden. Die schwächeren SchülerInnen werden nach unten „durch gereicht“, wohingegen die stärkeren selten die Chance bekommen, ihren Fähigkeiten entsprechend „aufzusteigen“.

Da die Selektion faktisch bereits nach der vierten Klasse stattfindet, spielen die unterschiedlichen Voraussetzungen, mit denen die Kinder eingeschult werden, bei der Empfehlung für die weiterführende Schule eine große Rolle, denn vier Schuljahre reichen nicht aus, um eventuelle Defizite auszugleichen.

Diese Befunde führen dazu, dass nicht jedes Kind die gleiche Chance auf eine ihm entsprechende Schullaufbahn hat.

Forderungen:

- **Gemeinsames Lernen in einer Schule bis zur zehnten Klasse für alle Kinder und Jugendlichen.**
- Gemeinsames Lernen in Klassen mit individuellen *Lernplänen*, ausgerichtet an Fähigkeiten und Lerntempo des Kindes bzw. Jugendlichen.
- Alle SchülerInnen erhalten mit Abschluss der zehnten Klassen einen Schulabschluss, der sie für alle Lehrberufe sowie den Besuch von Berufsfachschulen qualifiziert.
- Gezielte Förderung und Unterstützung von benachteiligten und auch von besonders begabten Kindern und Jugendlichen.

1.2 Tagesstruktur

Verbesserte Bildungschancen werden unter anderem durch die flächendeckende Einführung von Ganztagsangeboten gefördert. In diesem Bereich sind in Baden-Württemberg mit der faktischen Entwicklung vieler offener Ganztagsschulen bereits erste Schritte in die richtige Richtung gemacht worden, die jedoch noch nicht weit genug gehen. Sie ermöglichen mehr soziales Lernen in der Schule und eine Verbesserung der individuellen Förderung jedes Schülers und jeder Schülerin. Gerade für Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zu besseren Bildungschancen. Dies zeigt beispielhaft eine aktuelle Studie zu Ganztagsschulen¹: Nur eine für alle verpflichtende Ganztagsschule kann das Bildungsgefälle abbauen, weil hier Kinder und Jugendliche, die zu Hause nicht unterstützt werden (können), besser betreut werden. Das wird allerdings nicht mit der bisherigen Form der Beschulung erreicht, die einfach verlängert wird, sondern nur wenn die zusätzlich vorhandene Zeit und der Raum für neue Lernformen genutzt werden. Damit Raum für andere Bildungsorte und Lernwelten, wie z.B. Jugendverbände bleibt, muss sich Schule begrenzen.

Forderungen:

1 Holtappels; Klieme; Rauschenbach; Stecher (Hrsg.): Ganztagsschule in Deutschland. Ergebnisse der Ausgangserhebung der „Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen“, Weinheim und München 2007; vgl. auch Fischer: Mitmachen und gewinnen? In: dt. jugend 2/2008

- **Ganztagschulen für alle SchülerInnen verpflichtend mit einer Betreuungszeit von 8:00 bis 16:00 Uhr an drei bis vier Tagen in der Woche und freien Nachmittagen an den übrigen Tagen.**
- Hausaufgaben und Lernzeiten sind in den Schulalltag integriert.
- Raum für eigenverantwortliches, freies, individuelles Arbeiten im Rahmen der Schule.
- Ablösen des 45-Minuten-Taktes durch rhythmisierte Angebote, dem Bedarf der SchülerInnen entsprechend.
- Bedürfnisorientierte Abwechslung von formalen und nonformalen Lernangeboten, die gleichwertig nebeneinander stehen.

1.3 Mitbestimmungsmöglichkeiten und Demokratisierung von Schule

Für alle jungen Menschen steht Schule als gesellschaftliche Institution, verbunden mit der Schulpflicht, im Mittelpunkt ihres Lebens. Dabei präsentiert sie sich für SchülerInnen als eine in sich geschlossene Welt. Sie ist mehr als nur die Institution Schule, sie ist faktisch Lebensraum für Jungen, Mädchen, LehrerInnen und weitere Menschen. Dieser Lebensraum sollte auch als solcher gestaltet werden.

Die Schule spiegelt die Welt der Erwachsenen, unsere Gesellschaft, im Kleinen wieder. Um die Kinder und Jugendlichen auf diese Welt vorzubereiten, sollte Schule, begriffen als Lebensraum, ein Forschungs- und Versuchslabor sein, in dem junge Menschen das Leben in Gemeinschaft einüben. Schule sollte einerseits ein geschützter Raum sein, der jungen Menschen die Möglichkeit gibt, sich ühend auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten, und andererseits Teil des Lebens sein, in dem „echte“ Erfahrungen gemacht werden können, zum Beispiel in der Übernahme von Verantwortung.

Dazu gehört selbstverständlich, dass SchülerInnen den Lebensraum Schule (mit) gestalten. Von ihnen wird erwartet, dass sie eines Tages bereit sind, als mündige BürgerInnen Teil der demokratischen Gesellschaft zu sein. Sie brauchen deswegen die Möglichkeit, frühzeitig Mitbestimmung einzuüben.

Deswegen muss die Steuerung und Gestaltung von Schulen demokratischer werden. An die Stelle eines von hierarchischen Strukturen geprägten Lernklimas tritt eine demokratische Kultur der Mitbestimmung, die SchülerInnen ermutigt, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen!

Forderungen

- **Beteiligung außerschulischer kooperierender Bildungspartner an den Schulgremien.**
- Größere Selbstständigkeit und Entscheidungsfreiheit jeder einzelnen Schule.
- Gleiches Stimmengewicht in der Schulkonferenz für SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen (jeweils fünf VertreterInnen).
- Die SchülerInnenmitverantwortung (SMV) entsendet zwei VertreterInnen in die GesamtlehrerInnenkonferenz (GLK).
- Einforderbares Recht der SMV auf Mitarbeit in Schularbeitskreisen.
- Einführung eines Schulentseids auf Antrag der SMV oder der GLK, zum Beispiel bei Schulordnungsangelegenheiten.
- Schulkonferenz nimmt LehrerInneneinstellung vor.

2. Pädagogische Gestaltung des Systems Schule

2.1 Bildungsziele und -inhalte

Die Schule ist als formaler Bildungsort, den alle Kinder und Jugendlichen besuchen müssen, von vorgegebenen Bildungszielen, -standards und -inhalten geprägt. Ihr Schwerpunkt liegt beim formalen Lernen. Auch wenn der Bildungsanspruch der Schule meist sehr umfassend beschrieben wird, muss festgehalten werden, dass ihre zentrale Aufgabe in der Vermittlung von kulturellem Wissen und der Aneignung von materiell-praktischen Kompetenzen liegt. Kinder und Jugendliche sind darauf angewiesen, dass die Schule diese Aufgaben gut erfüllt, denn Kompetenzen in diesen Bereichen sind ausschlaggebend für eine selbstständige Lebensführung, insbesondere für die Teilnahme am Arbeitsleben, die einen wesentlichen Lebensbereich ausmacht. Wenn die Schule, wie heute häufig der Fall, diese Aufgabe der Lernunterstützung nicht adäquat erfüllt, belastet sie Familien durch die Überforderung der Hausaufgabenbetreuung und treibt Mädchen und Jungen in den kommerziellen Nachhilfeunterricht, den sich nur bestimmte Gruppen leisten können.

Für eine umfassende Bildung ist es andererseits notwendig, dass sich formale, nonformale und informelle Lernprozesse verschränken und gegenseitig ergänzen. Deswegen braucht es im Schulalltag formale und nonformale Angebote und Räume für informelles Lernen. Dafür liegt es nahe, dass der Bildungsort Schule durch weitere, eher weniger formalisierte Bildungsorte und Lernwelten ergänzt wird und mit ihnen kooperiert. So können auch die weiteren Dimensionen von Bildung, also die Sozialintegration und der Bereich der personalen Kompetenzen, gefördert werden.

Forderungen:

- **Die Schule muss in den formalen Bildungsbereichen, die ihre Kernaufgabe sind, gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ermöglichen.**
- Schule muss allen Kinder und Jugendlichen einen Schulabschluss mitgeben, der Anschluss in eine Berufsausbildung eröffnet.
- Neben formalem Lernen finden auch in der Schule nonformale und informelle Bildungsprozesse statt. Dazu muss in der ganztägigen Schule Raum bleiben.
- Schule muss die Vermittlung der Bildungsstandards konsequent umsetzen und sich statt auf Stofffülle auf die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen konzentrieren.
- Neben klassischen Bereichen sollten neuere Entwicklungen wie interkulturelle Kompetenz, Medienkompetenz, Kompetenz zum partnerschaftlichen Umgang zwischen Frauen und Männern usw. verstärkt berücksichtigt werden.

2.2 Die Kultur der Schule

Schule ist unseres Erachtens ein multikultureller Ort der Begegnung, an dem junge Menschen Werte entwickeln, sich ausprobieren und mit verschiedenen möglichen Lebensentwürfen in Kontakt kommen. Dem muss die Gestaltung des Lernsettings entsprechen.

Wir brauchen daher eine Schulkultur, mit der sich die LehrerInnen und SchülerInnen identifizieren können. SchülerInnen und LehrerInnen sollen die Schule als Teil ihres Lebens begreifen, mit dem sie sich identifizieren können. Eine demokratische Schulkultur (siehe 1.3) bindet alle Beteiligten in die Gestaltung des Schulalltags ein und fördert die freie Entfaltung der Persönlichkeit in einem Klima der gegenseitigen Wertschätzung und des respektvollen Umgangs miteinander.

Forderungen:

- **Lernen findet vermehrt in sozialen Bezügen statt und es kommen mehr kooperative Lernformen zum Einsatz.**
- Es gibt mehr Angebote auf freiwilliger Basis und alternative Angebote, zwischen denen die SchülerInnen wählen können. Lernen kann nur dann effektiv sein, wenn die Kinder und Jugendlichen dies von sich aus tun.
- Die SchülerInnen bekommen vermehrt die Möglichkeit, Verantwortung für die Gestaltung des Schulalltags zu übernehmen. Dies schließt Angebote in eigener Verantwortung mit ein.
- Die SchülerInnen werden mit Neuem konfrontiert, aber nicht überfordert. Bei der Ausgestaltung des Unterrichts versucht der/die LehrerIn jeden Jungen und jedes Mädchen individuell an dem Punkt weiterzubringen, an dem er/sie gerade steht.
- Die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen zum Beispiel von Jungen und Mädchen, aber auch von anderen Gruppen, werden berücksichtigt.

- Bei der Bewertung der Leistungen der SchülerInnen fließt der individuelle Fortschritt neben dem Vergleich mit vorgegebenen Standards in die Benotung mit ein.

3. Voraussetzungen: Rahmenbedingungen des Systems Schule

Um die oben genannten Bildungsziele zu erreichen, ist es notwendig, sowohl für eine personell und materiell ausreichende Ausstattung der Schule zu sorgen. Besonders angesichts der zunehmend ungleichen Startchancen von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft sollte die Schule für eine möglichst große Unabhängigkeit des Lernerfolgs von den finanziellen wie zeitlichen Ressourcen der Eltern sorgen. Durch wohnortnahe Schulen wird einer weiteren Fragmentierung der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen entgegengewirkt. Die Zeit, die für lange Schulwege verloren geht, kann sinnvoll in schulischen und außerschulischen Angeboten verwendet werden.

In diesem Zusammenhang halten wir es auch für angebracht, über das Lehrerbild und die Arbeitsweise der LehrerInnen nachzudenken und andere Professionen vermehrt an Schulen einzubinden.

Forderungen:

- ***Wohnortnahe Schulstandorte werden erhalten und bei Bedarf ausgebaut, so dass Schule Teil der räumlichen Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ist und lange, zeit fressende Schulwege vermieden werden.***
- LehrerInnen sind Vorbilder für die SchülerInnen, vermitteln Freude am Lernen und unterstützen die einzelnen SchülerInnen individuell.
- Neben den LehrerInnen werden auch andere Professionen an der Schule tätig: SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen, PsychologInnen, SeelsorgerInnen und weitere Berufe, die den SchülerInnen ihr spezifisches Wissen vermitteln (zum Beispiel HandwerkerInnen). Auf eine Ausgewogenheit der Geschlechter ist dabei zu achten.
- Auf 20 SchülerInnen kommt ein/e LehrerIn sowie eine zusätzliche Fachkraft.
- PädagogInnen mit Migrationshintergrund werden intensiv in die Bildungsprozesse eingebunden. Zu diesem Zweck sorgt das Land für Anpassungsqualifizierung der zugewanderten PädagogInnen.
- Es findet eine regelmäßige Qualitätssicherung der Kompetenz der Schule, aller LehrerInnen und der anderen Professionen statt, die über interne und externe Evaluation sichergestellt wird.
- Jede Schule stellt genügend Räume bereit: für jede Klasse ein Zimmer, für die musischen oder naturwissenschaftlichen Fächer genügend Fachräume, für jede/n LehrerIn einen eigenen Arbeitsplatz, für außerschulische Anbieter eigene Räume und für die SchülerInnen eigene Orte zum Selbst- und Gruppenlernen und zur freien Gestaltung.
- Jede Schule verfügt über eine ausreichende multimediale Ausstattung (Tafel, Computer, Beamer mit Leinwand, Pinnwände usw.).
- Jede Schule hat eine eigene Mensa, in der ein günstiges, gesundes Mittagessen (ökologisch und sozial verträglich hergestellt) angeboten wird, das bei Bedarf kostenlos abgegeben wird.
- Kostenfreier Zugang zu sämtlichen Lehr- und Lernmitteln und Medien (Internet, Bibliothek) muss gewährleistet sein.

4. Die Schule und ihr Umfeld: Öffnung der Schule

Schule ist ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur einer Kommune. Für Kinder und Jugendliche ist die Schule ein Bildungsort, in dem sie sich aufhalten und Bildungsanreize erhalten können, ebenso wie öffentliche Plätze oder Jugendgruppen. Um den Anforderungen der heutigen Zeit an Mädchen und Jungen gerecht zu werden und realitätsnahe Bildung zu ermöglichen, muss sich Schule in ihr Umfeld öffnen und die Akteure darin wahr- und ernst nehmen. Eine gemeinsame Bildungsplanung aller Akteure kann der Schule helfen, sich in das Gemeinwesen zu integrieren und Brücken zu anderen Institutionen und Bildungsorten für die SchülerInnen zu bauen. Auch die Zusammenarbeit und bessere Einbindung der Eltern gilt es zu berücksichtigen.

Forderungen:

- **Schule öffnet sich aktiv für andere Akteure im Gemeinwesen, insbesondere für andere Bildungs- und Jugendhilfeträger.**
- Die Bildungsplanung wird analog zur Jugendhilfeplanung eingeführt und perspektivisch zusammengeführt.
- Freiwilliges Engagement von SchülerInnen im schulischen wie außerschulischen Bereich wird unterstützt, Begleitung und Qualifizierung zur Verfügung gestellt.
- Schule stellt entsprechende Räume und Strukturen für eine Zusammenarbeit zur Verfügung.
- Mit Eltern wird eine partnerschaftliche Beziehung in der gemeinsamen Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags gesucht.

Schlusswort

aus der Stuttgarter Zeitung vom 20. September 2014:

Zum Start des neuen Schuljahrs vor einer Woche hat unser Reporter Thomas Müller Schülerinnen und Schüler der Stadtteilschule Stuttgart-Süd nach ihren Eindrücken gefragt. „Ich baue dieses Jahr eine Solaranlage“, erklärt die 13-jährige Kim stolz. Am Unterrichtsmodul „Umwelt und Technik“ sind ihre Physiklehrerin und ein Heizungsbau-Meister beteiligt. „Gestern Vormittag haben wir mögliche Standorte angeschaut und den ganzen Nachmittag lang ausgerechnet, welcher davon besser abschneidet – unglaublich wie die Beschattung den Wirkungsgrad verschlechtert“, berichtet Kim.

„Wir hatten diese Woche schon die erste Schulentwicklungskonferenz“, berichtet die 16-jährige Filiz. Sie wurde zur neuen Schulsprecherin gewählt und übt dieses Amt nun im Team mit drei anderen aus. „Rektor Musterle hat unseren Vorschlag für die neue Schulhofgestaltung gleich ernst genommen, aber auch mit uns besprochen, was das kosten würde. Gemeinsam haben wir dann überlegt, wie wir das finanzieren können und jetzt wird es im November ein Benefiz-Konzert des Schulorchesters geben. Aber wir müssen auch noch viele freiwillige Helfer gewinnen.“

Der 11-jährige Samuel ist mit der Woche zufrieden: „Am Mittwoch um halb fünf hatte ich zum ersten Mal Gruppenstunde bei den Naturfreunden. Da gehe ich direkt von der Schule aus hin.“ Hausaufgaben muss Samuel nach Schulschluss nicht machen: „Nein wieso, das machen wir in der Schule. Ein paar SchülerInnen aus der 9. Klasse helfen uns dabei.“

Das bestätigt auch Adrianna aus der 9. Klasse: „Mir macht es richtig Spaß, den jüngeren Schülern zu helfen. Beim Erklären lerne ich selbst auch noch dazu und muss den Stoff dann nicht extra wiederholen vor den Abschlussprüfungen. Insgesamt herrscht an unserer Schule ein Klima, in dem man immer nachfragen kann, wenn man was nicht verstanden hat und niemand wird ausgelacht oder gehänselt, wenn er was nicht sofort weiß. Hier macht Lernen richtig Spaß!“